

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

„Aus den Tannen“
Famfrencher
Nr. 11

Wirtsch. Blatt für den Bezirk Nagold und für Ultensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnementspreis: Im Monat September 330 000 M., und Restzahlung. Ein einzelnes Exemplar 100 000 M. Anzeigenpreis: Die erste Spalte 20 000 M., zweite Spalte 15 000 M., dritte Spalte 10 000 M. Diese Spaltenpreise sind mit der Spaltenzahl zu multiplizieren. Bei Wiederholung Rabatt.

Nr. 215.

Ultensteig, Donnerstag den 27. September.

Jahrgang 1923

Wenn Sie unsere Zeitung gegen Lieferung von Naturalien wünschen,

so bestellen Sie diese in der Geschäftsstelle unseres Blattes und Sie brauchen sich beim Monatswechsel vom September bis Januar nicht mehr um die Bestellung der Zeitung kümmern.

Wenn Sie unsere Zeitung gegen Barzahlung zu erhalten wünschen,

so können Sie diese bei der Post und den Postboten, sowie in der Geschäftsstelle und bei den Agenten unserer Zeitung bestellen!

Aufruf an das deutsche Volk.

Berlin, 26. Sept.

Am 11. Januar haben französische und belgische Truppen wider Recht und Vertrag das deutsche Ruhrgebiet besetzt. Seit dieser Zeit hatten Ruhrgebiet und Rheinland schwerste Bedrückungen zu erleiden. Ueber 180 000 deutsche Männer, Frauen, Greise und Kinder sind von Haus und Hof vertrieben worden. Für Millionen Deutsche gibt es den Begriff der persönlichen Freiheit nicht mehr. Gewolltaten ohne Zahl haben den Weg zur Okkupation begleitet. Mehr als hundert Volksgenossen haben ihr Leben dahin geben müssen, Hunderte sind noch in Gefängnissen. Wegen der Unrechtmäßigkeit des Einbruchs erhoben sich Rechtsgesühl und vaterländische Gefinnung. Die Bevölkerung weigerte sich, unter fremden Wapfen zu arbeiten. Für diese dem Deutschen Reiche in schwerster Zeit bewiesene Treue und Standhaftigkeit dankt das ganze deutsche Volk.

Die Reichsregierung hat es übernommen, nach ihren Kräften für die leidenden Volksgenossen zu sorgen. In immer steigendem Maße sind die Mittel des Reiches dadurch in Anspruch genommen worden. In der abgelaufenen Woche erreichten die Unterführungen für Rhein und Ruhr die Summe von 3500 Millionen M. In der laufenden Woche ist mindestens die Verdoppelung dieser Summe zu erwarten. Die einzige Produktion des Rheinlandes und des Ruhrgebiets hat aufgehört. Das Wirtschaftsleben ist besetzten und unbesetzten Gebiet Deutschlands ist zerstört. Mit furchtbarem Graß droht die Gefahr, daß beim Festhalten an dem bisherigen Verfahren die Schaffung einer geordneten Währung, die Aufrechterhaltung des Wirtschaftens und damit die Sicherung der nackten Existenz für unser Volk unmöglich wird. Diese Gefahr muß im Interesse der Zukunft Deutschlands ebenso wie im Interesse von Rhein und Ruhr abgewendet werden. Um das Leben von Volk und Staat zu erhalten, stehen wir heute vor der bitteren Notwendigkeit, den Kampf abzubrechen.

Wir wissen, daß wir damit von den Bewohnern der besetzten Gebiete noch größere seelische Opfer als bisher verlangen. Herdlich war im Kampfe ihre beispiellose Selbstbeherrschung. Wir werden niemals vergessen, was diejenigen erlitten, die im besetzten Gebiet duldeten. Wir werden niemals vergessen, was die einzigen opfernden, die lieber die Heimat verließen, als dem Vaterlande die Treue zu brechen. Dafür zu sorgen, daß die Gefangenen freigegeben werden, daß die Vertriebenen zurückkehren, bleibt die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung. Vor allen wirtschaftlichen und materiellen Sorgen geht der Kampf für diese elementaren Menschenrechte. Deutschland hat sich bereit erklärt, die schwersten materiellen Opfer für die Freiheit deutscher Volksgenossen und deutscher Erde auf sich zu nehmen. Diese Freiheit ist uns aber kein Objekt für Verhandlungen oder für Tauschgeschäfte.

Reichspräsident und Reichsregierung versichern hierdurch feierlich dem deutschen Volke und der deutschen Welt, daß sie sich zu keiner Abmähung verstehen werden, die auch nur das kleinste Stück deutscher Erde vom Deutschen Reiche löst. In der Hand der Einbruchsmächte und ihrer Verbündeten liegt es, ob sie durch Anerkennung dieser Auffassung Deutschland den Frieden erhalten oder mit Verweigerung dieses

riedens alle die Folgen herbeiführen wollen, die daraus für die Beziehungen der Völker entstehen müssen. Das deutsche Volk fordert wir auf, in den bevorstehenden Zeiten größter seelischer Prüfung und materieller Not trenn zusammenzutreten. Nur so werden wir alle Absichten auf Zerstückelung des Reiches zurück zu machen. Nur so werden wir der Nation Ehre und Leben erhalten, nur so ihre die Freiheit wieder gewinnen, die unser unüberwindliches Recht ist.

(gez.): Der Reichspräsident: Ebert.

Die Reichsregierung: Dr. Stresemann, Raumer, Solf, Schmidt, Dr. Kahr, Dr. Hilferding, Dr. Geisler, Deiser, Fuchs, Dr. Brauns, Dr. Luther, Dr. Hoffe.

Der Reichskanzler über die Aufhebung des passiven Widerstandes.

Berlin, 27. Sept. Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages erklärte gestern der Reichskanzler, die Reichsregierung werde zur Aufhebung des passiven Widerstandes die Beschlüsse zurückziehen, die sich auf seine Durchführung bezögen. Nach den Angaben der berufenen Vertreter aus den besetzten Gebieten hätte der passive Widerstand nur noch eine gewisse Zeit aufrecht erhalten werden können, ohne ihn der Gefahr eines Zusammenbruchs in sich selbst auszuliefern. Der Reichskanzler legte das Verhältnis der Ruhransätze zu der Finanzlage des Reiches dar, das in Folge der schwersten finanziellen, in seinen Folgen noch nicht zu überschätzenden Zusammenbruch zu bringen drohte. Er wandte sich dabei an diejenigen, die heute die schärfsten Steuermaßnahmen zur Fortführung des passiven Widerstandes forderten, während sie sich noch Sorgen gegen die allzu große Belastung durch die zuletzt vom Reichstag gebilligten Steuern gemacht hätten. Die Überlegung, ob die Fortführung des passiven Widerstandes durch einen teilweisen Abbau der Maßnahme möglich gewesen wäre, habe ein negatives Resultat ergeben. Durch eine solche Maßnahme wäre weder der passive Widerstand aufrecht zu erhalten, noch das finanzielle Chaos abgemindert gewesen. Die Beschlüsse der Reichsregierung, die Stilllegung des Widerstandes zu verbinden mit französisch-belgischen Maßnahmen zur Rückführung der Vertriebenen, Befreiung der Gefangenen usw. seien wegen der Haltung des französischen Ministerpräsidenten erfolglos geblieben. So müsse der Ruhrkampf aus innerdeutschen, wie aus außenpolitischen Gründen aufgegeben werden, weil dessen Durchführung zweifellos zu einem vollkommenen Zusammenbruch im Innern geführt haben würde. Die machtpolitischen Verhältnisse seien härter gewesen als die moralische Gegenwehr, die das deutsche Reich aufzubringen vermocht habe. Was die Vorbereitungen betreffe, um das Rhein- und Ruhrgebiet in einen einigermaßen normalen Zustand zurückzuführen, so wänten nur Coentualrichtlinien festgelegt werden, da diese Dinge nicht allein von Deutschland abhängen. Der Reichskanzler betonte nochmals, daß in all den Verrätnissen der letzten Tage über die Aufgabe des passiven Widerstandes nicht von einer einzigen Seite ausgesprochen worden sei, daß man sich von einer Fortführung des Widerstandes bei Finanzierung von deutscher Seite irgend etwas versprechen würde. Der deutsch-nationale Vorschlag, mit Frankreich zu brechen und die Verpflegung der besetzten Gebiete, sowie die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens zu Last der Sorge Frankreichs und Belgiens zu überlassen, habe gerade bei den Vertretern jenseits der Grenze Zustimmung erfahren. Man würde darin im Rheinland ein Aufgeben, ja vielleicht einen Verrat am Rheinland sehen. Die gefürchtete Proklamation bringe zum Ausdruck, um was in den bevorstehenden Verhandlungen zu kämpfen sei. Die darin enthaltenen Erklärungen seien die feste Grundlage, nach denen die Reichsregierung verhandeln werde.

In der nachfolgenden Diskussion billigten die Vertreter der Demokraten, der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei die Ausführungen des Reichskanzlers und stellten sich hinter die Politik der Reichsregierung. Dr. Helfferich forderte, daß der passive Widerstand durch den Bruch mit Frankreich abgelöst werde. Nach einer abschließenden Erklärung des kommunistischen Abgeordneten Könen billigte der sozialdemokratische Abgeordnete Müller-Frankenthal ausdrücklich jedes Wort des Aufrufes der Reichsregierung. — Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Die Parteien.

Die Demokratische Partei hat einen Aufruf erlassen, in dem sie zur Lage Stellung nimmt und u. a. sagt: „Das die Massen der Bewohner des Rhein- und Ruhrgebiets in den Monaten des Abwehrkampfes geleistet haben, reicht sich würdig den Großtaten des deutschen Heeres in den vier Jahren des größten Krieges aller Zeiten an. Daß dem Ringen der Enderfolg nicht beschieden war, ist keine Schande für uns. Erhabener Hauptes dürfen alle Deutschen, die mit ihrem Herzen bei dem gerechten Kampf waren, das sehen. Der französische Militarismus hat gesiegt durch rücksichtslos Brutalität. Er hat gesiegt gegen das Recht. Er wird das Lebensrecht des deutschen Volkes dennoch nicht beseitigen können. Der Kampf um den deutschen Bestand geht fort. Wir kennen die Annexions- und Entschädlungspläne der Franzosen. Eine Verjährung mit ihnen ist nicht möglich. Eine Selbstbehauptung ihnen gegenüber nur dann, wenn das deutsche Volk einzig bleibt in dem Willen, einig zu bleiben, Landesverräter und Heißhorne niederzuhalten und der deutschen Republik die Treue zu bewahren.“

Die „Reit“, das Organ Stresemanns, sagt in einem Artikel: „Es besteht die Möglichkeit, daß es zu Verhandlungen kommt, und es ist selbstverständlich nicht ausgeschlossen, daß uns in diesen Verhandlungen Rumormen gestellt werden, die sich mit unserer nationalen Ehre nicht vereinbaren lassen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß man das Rhein- und Ruhrgebiet und die Rückkehr in die Freiheit den vielen Tausenden und Abertausenden verschließen will, die unter der französischen Willkür leiden mußten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß man die deutsche Souveränität im Rhein- und Ruhrgebiet antasten und uns deutschen Boden rauben will. Es ist ferner nicht ausgeschlossen, daß man uns die Erfüllung von Forderungen aufzwingen will unter Drohung von Gewalt unmögliche Unterwürigkeit und uns fordert, sei es in Bezug auf die Rhein- und Ruhrfrage, sei es in Bezug auf die Entschädigungsleistung. Wenn es dazu kommt, so wird damit die Frage der Kapitulation oder ihrer Verwerfung gegeben sein. Jetzt aber sollten alle wahren Vaterlandsfreunde zusammenstehen mit der Regierung, damit wir stark und widerstandsfähig bleiben, auch nachdem der passive Widerstand unter dem Zwang der Verhältnisse aufgegeben werden mußte.“

Die Wirkung an der Ruhr.

Von der Ruhr, 26. Sept. Das „Berl. Tagebl.“ berichtet: Die Nachricht, daß die Regierung sich zur Einstellung des passiven Widerstandes entschlossen hat, ist vielen unerwartet, ganz überraschend gekommen, zum Mindesten in der Form, in der er verkündet worden ist. In den Fabriken wurde die Arbeit fast überall sofort eingestellt. Die Leiter der verschiedenen gewerkschaftlichen Gruppen traten zu vorläufigen Besprechungen zusammen. Der Entschluß hat in der überwiegenden Mehrheit der Arbeiter tiefe Niedergeschlagenheit und Erregung hervorgerufen. In einer Reihe von Betrieben wurde beschloffen, auch weiterhin nicht zu arbeiten, sobald die Franzosen in den Betrieb sich einmischen. Die heimlichen Gewerkschaften, die in der Arbeiterschaft des Ruhrgebiets eine starke Anhängererschaft haben, sandten noch vorgestern Abend einen Protest gegen die bedingungslose Übergabe nach Berlin. Sehr lebhaft äußert sich die Forderung, nun alles einzusehen gegen den Abschluß eines Vertrags, der aus dem jetzigen Gewaltzustand einen Rechtszustand machen könnte. Das Problem ist ernst. Eine volle Aufnahme der Arbeit gilt allgemein für eine Reihe von Wochen und Monaten für ausgeschlossen. Die Gefahr eines mindestens vorübergehenden Chaos bleibt bestehen. Die Verkehrsstörung bleibt im Mittelpunkt. Die Haltung der Eisenbahner ist entscheidend. Es ist schwer, sich die furchtbare Lage vorzustellen, in der sich die Eisenbahner des Ruhrgebiets in diesem Augenblick befinden. In einer gestern veranstalteten Versammlung sämtlicher Eisenbahnergewerkschaften des Ruhrgebietes ist einstimmig beschloffen worden, für Frankreich nicht zu arbeiten.

Paris will mehr...

Paris, 26. Sept. Der „Temps“ wirft die Frage auf, ob der Verzicht auf den passiven Widerstand in der Form, wie ihn Dr. Stresemann auszusprechen gedente, den Franzosen und Belgiern genüge. Der Reichskanzler habe bisher die Politik Cuno's nicht ausdrücklich widerrufen. Er habe das Recht Frankreichs auf Pfänder nicht anerkannt. Er stelle den deutschen Widerstand ein, weil er nicht die Waffe sei, mit der man die Belgier und Franzosen vertreiben könne. Er beschle den Rückzug wie ein General, der sein Heer in Händen behalten wolle für neue Kämpfe. Man spreche sofort



haben, daß der passive Widerstand mit dem Dertem weitergeführt werde. Ohne die Verlegenden Streifenmanns zu vermehren, ohne ihm den geringsten Nachschlag erteilen zu wollen, müsse man doch sagen, daß er trotz der Entwidlung, die er im Begriff steht, zu vollziehen, nicht das Höchstmaß von Vorteilen für Deutschland, noch das Höchstmaß von Sicherheiten für die Verbündeten hieraus zu ziehen scheine. Wenn es wahr sei, daß Streifenmann sogar zur Einstellung des passiven Widerstandes nur unter Einspruch und bestimmten Voraussetzungen aufrufen werde, so werde die Lage sehr zweideutig und Frankreich müsse bestimmte Vorbedingungen stellen, bevor es verhandeln könne.

Auch das „Journal des Debats“ stellt gewisse Forderungen. Nach seiner Ansicht muß Frankreich ruhig sein Werk im besetzten Gebiet fortsetzen. Es sei geneigt, allen arbeitsamen Elementen die Rückkehr zu gestatten, die nur deshalb ausgewiesen seien, weil sie Befehlen ihrer Vorgesetzten gehorcht hätten. Aber die arroganten Beamten, die Rebellen gegen die interalliierten Oberkommissare würden nicht mehr zugelassen.

Etwas vorläufiger äußert sich die „Liberte“: Alles sei nach der Kapitulation noch nicht so ruhig und mit der Jurisdiktion der Cuno'schen Dekrete sei noch nicht alles beendet.

Eine Stimme des Rheinlandes.

Die erste Entscheidung über unser Schicksal ist gefallen — so schreibt ein Rheinländer der „D. A. Z.“ Vor vierzehn Tagen noch standen nach unserm Grenzmarkengefühl am Rhein zwei Wege offen, die beide den Staats- und Reichsgedanken im besetzten Gebiet in eine bessere Zukunft retten konnten, wenn auch der Entschluß dazu im Innern Deutschlands ein recht erhebliches Verantwortungsgesühl des ganzen Volkes voraussetzte. Entweder beantwortete man die letzte Herausforderung des angeblich „interalliierten“ Rheinlandschusses mit einer Zurückweisung, die auch in den Augen der Bevölkerung den im passiven Widerstand geweckten sittlichen Kräften entsprach, oder man gab offen diesen Widerstand auf. In beiden Fällen konnten wir uns auf unsere zukünftige Stellung zu den Besatzungsmächten einrichten und konnten die Erinnerung und das Vertrauen an das Deutsche Reich wahren, das sich nach neunjährigem Selbstkampf als besiegt erklären mußte.

Alle diese Hoffnungen und Erwartungen sind heute verlogen. Bitter und schmerzlich rächt sich aufs neue, wie unendlich gering auch jetzt noch in der Reichshauptstadt das Verständnis für die wahre Lage und Stimmung in der Grenzmark ist. Außenpolitische Probleme, deren Lösung wir uns in unmittelbarer Fühlung mit dem Feind nur in „machtpolitischer Wendung“ denken können, gewinnen das Bild parlamentarischer Kompromisse. Jede einzelne Berufsgruppe und Partei, deren Vertreter nach Berlin berufen werden, sucht dort nur sich allein als wahrhaft national und rechtgläubig hinzustellen, während in Wahrheit die ganze Bevölkerung unter dem gleichen Joche leidet, von der gleichen Not des Alltags zu Jugendjahren getrieben wird. Seit man drinnen im Reich eine weitere finanzielle Stützung für unmöglich erklärte, ist unsere Stellung unhaltbar geworden. Nicht vom Rhein herüber, sondern von amtlicher Stelle in Berlin kam der erste Anstoß und die erste Aufforderung zum „Abbau des passiven Widerstandes“, der heute bereits voll im Gange ist.

Wie es scheint, dachte man damals, vor drei Wochen noch, ganz ernsthaft an ein regelrechtes Zurückziehen einiger Bestimmungen, die sich längst als unhaltbar erwiesen. Der Verweigerung der Lohnsicherung sollte eine Aufnahme solcher Arbeit folgen, die an sich für die

Franzosen nutzlos sei und außerdem keiner größeren Kohlenvorräte bedürfe. Vielleicht haben dienstfertige Amtsstellen zugleich einen richtiggehenden Rückzugsplan ausgearbeitet, der uns jedoch glücklicherweise nicht bekannt wurde. Die uralte Wahrheit, die doch der Weltkrieg auch drinnen in der Heimat Tag für Tag predigte, ward vergessen: Daß eine Umgruppierung der Front im Gefecht selbst zu den schwersten Operationen gehört und nur von einer Truppe geleistet werden kann, die wirklich fest in der Hand eines bewährten und geachteten Führers, gut genährt, mit Munition und Kriegsmaterial wohl versehen und vor allem besser Stimmung ist. Fehlt auch nur eine dieser Voraussetzungen, so wird der Rückzug in eine rückwärtige Stellung verlustreicher als selbst die vollständige Niederlage auf dem Schlachtfeld. Fehlt gar die Mehrzahl dieser Voraussetzungen, so wird in der Regel die Leitung völlig versagen. Jeder einzelne Gefechtsabschnitt und schließlich jede Kampftruppe sorgt für sich selbst und beginnt Sonderverhandlungen mit dem Feind, wenn sie nicht die starke Hand der Führung und der Reserven hinter sich fühlt, und wenn gleichzeitig die Verbindung mit den Nachbarabteilungen verloren geht.

In dieser Lage aber befindet sich im letzten Stadium des Weltkrieges, den Frankreich um den Gewinn der Rheingrenze entfesselte, die Bevölkerung des absehbaren Gebietes sowie des Brückenkopfes Düsseldorf-Duisburg, während im Ruhrrevier andere Voraussetzungen und damit auch andere Möglichkeiten zu einem haltenden Gefecht gegeben sind. Mit und ohne Genehmigung der deutschen Verwaltung haben allenthalben die Verhandlungen mit Franzosen und Belgiern begonnen. Von einem planmäßigen Abbau ist längst keine Rede mehr, sondern wird und regellos beschließen Vertreter des Handels und der Industrie, der Arbeiterschaft und der Beamten die Aufnahme der Tätigkeit für die Besatzung. Wie vor neun Monaten die wirklich spontan entsachte Aufsechtung der rheinischen Bevölkerung erst durch Zustimmung der Reichsregierung zum ordnungsmäßigen „passiven Widerstand“ wurde, so zerfällt dieser sichtlich und rechtlich sanktionierte Kriegszustand in sich selbst, sobald von Berlin aus das erste entscheidende Wort fiel. Das besetzte Gebiet ist nicht mehr „tot“, wie die „Times“ vor einigen Tagen noch urteilte, sondern es ist zum Leben erwacht, zu einem Bewusstseinskampf um die Sicherung der alltäglichen Sorgen, in dem unschätzbare ethische Werte zugrunde zu gehen drohen.

Im Lager der Gegner weiß man über die wahre Lage und Stimmung besser Bescheid als anscheinend in den Reichsministerien und vor allem im Lande selbst. Froblodenz durfte schon am 15. September der amtliche französische Pressedienst in Koblenz und Düsseldorf „eine Veränderung in der Haltung der deutschen Behörden den Alliierten gegenüber feststellen“ und lobend hinzufügen, daß sie „tätig korrekter“ werde. Aber gerade diese Meldung verschweigt das schlimmste, um die deutsche Öffentlichkeit im Sinn des unseligen Verständigungswahns zu halten. Seit die Regierung den Abbau ankündigte und unbestimmten Schlagworten und praktisch undurchführbaren Bestimmungen die Leitung verlor, suchte und sucht sich jede Berufsgruppe und jeder Stand die neuen „Richtlinien“ auf eigene Art auszudeuten. Selbst da verlagert die Führung, wo noch von Berlin die ausdrückliche Genehmigung zu Sonderverhandlungen eingeholt wird. Nur die politischen Parteien wahren gegeneinander noch das Gesicht, weil jede einzelne die Erneuerung einer Dolchstoßlegende fürchtet. Das schlimmste ist und bleibt, daß der Regierung bereits die Fäden aus der Hand fielen. Den früheren Vordrängen, die ganz selbstverständlich mit der

Ausweitung und Vertiefung aller zuverlässigen Verwaltungsbereichen einsetzte, folgte in diesen ersten Wochen des Ministeriums Streifenmann das innere Nachgeben der Fägel. Das man in Berlin noch friedlich und hoffnungsvoll den „Abbau des passiven Widerstandes“ am Rhein nennt, ist uns selbst in der Beobachtung der Wirkung bereits zur Förderung des Reichsgefüges geworden.

Gerade in dieser furchtbar schweren Lage aber kann und darf uns ein Stern der Hoffnung erheben, dessen Schimmer drüben im Reich allerdings kaum verstanden werden wird. Schärfer und klarer als im wohlumhagten Binnenland empfinden und fühlen wir den Ernst der Stunde, der unser nationales Geschick entscheiden wird. Gerade aus diesem Gedanken heraus aber verweisen wir jedes Provisorium und jede zweideutige Behandlung, die äußerlich die Souveränitätsrechte des Reichs und Preußens im besetzten Gebiet wahr, während in Wahrheit die innere Verwelschung um so stärker einsetzt. Schlimmer als jede Unterdrückung und Slaverie ist die Lage des Versailler Diktates und des Rheinlandabkommens, die wir nie und nimmer verweigern und fortsetzen können. Heute schon müssen sich Rheinlande und Reich in ernster Arbeit rüsten, daß nicht ein Abbau des deutschen Reichs- und Staatsgedankens dem Abbau des passiven Widerstandes folgt. Hat die Reichsregierung nach unserer Ansicht auf dieser ersten Etappe unter dem Druck der öffentlichen Meinung und der finanziellen Not versagt, so verlangen wir um so härter in jeder weiteren Phase die Verpflichtung und die volle Verantwortung auch für die kommenden Geschlechter. Die erste Entscheidung über unser Schicksal ist gefallen. Der Endspruch steht noch aus: möge ihn vor allem das Reich so gestalten, daß er uns zum politischen Testament des deutschen Staatsgedankens wird!

Neues vom Tage.

Vor der Ausrufung der Rheinischen Republik?

Köln, 26. Sept. Die Kölner Presse veröffentlicht übereinstimmende Mitteilungen, nach denen die rheinischen Sonderbündler für den 30. Sept., also für den nächsten Sonntag, in Düsseldorf im Anschluß an eine für Sonntag eberufenene Sonderbündlerversammlung die Rheinische Republik ausrufen wollen. Einer der Führer soll renommiert haben, daß zu der Düsseldorf-Verammlung am 30. Sept. mehr als 70 Regiesüge von den Franzosen gestellt werden würden und daß bereits 100 000 Anmeldungen vorlägen. Unmittelbar im Anschluß an die Versammlung soll zur Tat geschritten werden. Etwa um 5 Uhr will man dem General Degoutte eine vom Generaldirektorium des Unabgängligkeitsbundes aufgesetzte Protestnote überreichen und nach einer zusagehenden Antwort soll dann die Rheinische Republik ausgerufen werden. Die Kölner Blätter sind einig in der Auffassung, daß die rheinischen Sonderbündler ihre Stunde für gekommen halten. Uebereinstimmend fordern sie daher, daß alles geschieht, um den Führern der Separatisten, die in den letzten Wochen unlegbar starken Anlauf erhalten haben, das Handwerk zu legen.

Französische Waffen für die Separatisten.

Düsseldorf, 26. Sept. Die für den nächsten Sonntag in Düsseldorf geplanten Versuche einer Errichtung der Rheinland-Republik unterscheiden sich von ihren zahlreichen Vorgängen nur durch ihren Umfang. Die Sonderbündler haben in Düsseldorf drei große Säle gemietet. Nebenbei ist die wahllose Verteilung französischer Ausrüstungen unter die Demonstranten. Die Pläne finden nach wie vor bei der weitaus größten Mehrzahl der deutschen Bevölkerung den alten Abwehrwillen.

Leserbrief.

Wohlthaten darf nur der vergessen, der sie selbst erteilt hat.

Heimgesunden.

Novelle von Maria Harling.

(28) (Nachdruck verboten.)

„Wohl, Mutter, Du magst recht haben, aber meinst Du, es gelte mir nichts, unschuldig und gefeiert zu werden? Du weißt nicht, welch ein berückender Klang der Beifallsjubel der Menge für einen Künstler ist.“

„Mein Kind, Gott sei Dank, mein Leben lief in einfacheren Bahnen. Gewiß, echtes, gottbegnadetes Künstler-tum ist ein großes Gottesgeschenk, aber nur dann, wenn man es auf die rechte Weise anwendet: Gott gab dem Künstler seine großen Gaben nicht, um damit zu feilschen und zu nuscheln, nicht, um sich schmeicheln und verhätscheln zu lassen, sondern um seinen Mitmenschen eine Freude, einen Genuß zu bereiten, um so durch den Genuß, durch die Freude veredelnd auf den Charakter der Menschen einzuwirken. Bist Du von dieser hohen Mission, die Dir aus Deiner Kunst erwächst, ganz durchdrungen, dann mein Elbchen, dann will ich Dir gerne behilflich sein, daß Du Dich Deiner Kunst widmen kannst, denn dann werden die vielen Gefahren, die gerade in diesem Beruf Dich umlauern, an der edlen, ja heiligen Auffassung, mit der Du Deine Bahn betrittst, zerschellen.“

Erstaunt hat Elbchen den Worten der Mutter gelauscht. Woher mag diese Frau ein so tiefgehendes Verständnis für das innere Wesen der Kunst haben.

Die Mutter lächelt als sie den fragenden Blick der Tochter sieht.

„Du wunderst Dich über meine Worte, mein Kind. Sie sind der Ausfluß vielen Nachdenkens im Verein mit dem Lesen guter, bildungsfördernder Bücher.“

„Ob Heinz seinen Künstlerberuf wohl auch so auf-faßt, wie er es in Deinem Sinne müßte?“ meint Elbchen sinnend.

„Ich hoffe es, mein Kind. Heinz ist ein edler, feinfühliges Mensch. Wenn er sein ureigenstes Selbst in seinen Bildern wiedergibt, so wird er nur Gutes und Lauteres schaffen. Doch wir verziehen uns in zu weitläufige Betrachtungen. Mein Rat ist der, prüfe Dich erst noch einmal gründlich, ob Du wirklich für den Beruf einer Sängerin geeignet bist, ehe Du eine bindende Zusage gibst. Sollte es nicht auch wohl besser sein, erst Heinz um seine Meinung zu fragen?“ sagt Frau Wehring mit einigem Jögern bei.

Elbchen schüttelt den Kopf.

„Warum soll ich Heinz fragen? Ich habe keine Ursache, zu glauben, daß ihm viel an der Gestaltung meiner Zukunft liegt. Sieh, Liesel und Erna haben ihren Lebenswunsch erreicht, nur ich weiß mit meinem Leben nichts anzufangen. Ist es nicht viel besser und schöner, ein bestimmtes Ziel zu haben, zumal wenn man sich so überflüssig fühlt, wie augenblicklich ich. Seit Margret wieder im Elternhause ist, geht die Mutter ganz in ihrem Kinde auf, ich muß immer abseits stehen. Nicht, daß die Frau Wehring nicht mich fühlen ließe: Du bist jetzt zwischen aus beiden überflüssig, bewahre, dazu ist sie eine zu vornehm, feinfühliges Natur. Ich aber kann mir nicht helfen, ich habe Feis das Gefühl, als müßte sie jetzt unsere Vereinarung lieber eichgängig machen. Zur Zeit in unser Dorf kann ich jetzt nicht mehr, die Welt draußen hält meine Seele gefangen, verwundert es Dich denn da, daß ich gerne selbständig auf eigene Füße stehen möchte?“

„Und den Grund, weswegen Du aus unserem Dorfe fortgezogen bist, laßt Du den ganz vergessen?“

Ein seltsames Rot steigt in Elbchens Antlitz, ihre Blide aber hasten härter am Boden.

„Vergessen habe ich nichts, Mutter, wohl aber das Lächeln meines Beginners eingesehen. Wie würde Heinz über das wüßte, dumme Dito lachen, wüßte er von

meinem Beginnen! Er braucht mich ja gar nicht, er kann ja aus sich selbst den Flug zur Höhe finden. Ge-zeigt es uns ja so deutlich durch seine kurzen, lakonischen Grüße, er braucht uns nicht!“

Ein feines Lächeln spielt um Frau Wehrings Lippen. Die letzten Worte Elbchens geben ihr den Schlüssel zu einem großen Rätsel, vor dem sie noch vor wenigen Minuten wundernd und zagend stand. Elbchen fühlt sich gekränkt in ihrer Liebe, in ihrem Begehren, Heinz zu helfen. Darum, nur darum will sie ihr Lebensschicksal so unglücklich in andere Bahnen lenken. Sie will Heinz zeigen, daß sie ihn so wenig zu ihrem Glück braucht, als er es anscheinend notwendig hat. Die Kunst soll ihr Ersatz für die verneintlich verschmähte Liebe sein.

Ein kurzes Stoßgebet: „Herr gib mir nur jetzt die rechten Worte, laß doch nicht zu, daß mein Kind an einem Irrtum zu Grunde geht!“ Dann erfaßt Frau Wehring mit warmem Druck Elbchens Hand.

„Elbchen, Kind, verliere nicht vorzeitig Deinen Glauben an Heinz. Ich freue mich, daß Heinz so aus sich selbst heraus, so ganz ohne unsere Hilfe, den Flug zur Höhe findet. Zeigt mir doch gerade dieser Umstand, daß Heinz sich noch nicht ganz verloren hatte, daß in ihm noch eine große, ungebrochene Kraft schlummerte, die jetzt zum Lichte drängt. Kind, wenn Du Heinz wirklich geliebt hast mit der ganzen, selbstlosen Liebe des Weibens, das alles für den Geliebten, nichts für sich selbst erhofft, dann kannst Du an Heinz's Beginnen keinen Anstoß nehmen. Hast Du aber diese Liebe nicht, Elbchen, dann freilich ist es besser, ihr trennt euch jetzt, jetzt, denn Heinz ist trotz seiner goldtreuen Natur dennoch ein Mensch, der schwer zu verstehen, schwer zu begreifen ist, den nur wenig Menschen richtig schätzen können. Er beansprucht die ganze, ungeteilte und opferfreudige Liebe einer Frau zu seinem Glück, aber er gibt auch hinwieder der Geliebten eine überreiche Fülle der Liebe seines so großen und reichen Herzens.“

(Fortsetzung folgt.)



Poincare und der Waffenstillstand.

Paris, 26. Sept. Wie die „D. A. J.“ mitteilt, erkläre Poincare nach seiner Rückkehr nach Paris: Die Nachricht, daß Deutschland den passiven Widerstand aufgeben beabsichtigt, sei ein wertvolles Symptom, aber auch nicht mehr. Nunmehr müsse Deutschland die notwendigen Bestimmungen erlassen, um die Wiederaufnahme der industriellen Tätigkeit zu ermöglichen.

Keine Gnade!

Paris, 26. Sept. Wie der „Matin“ meldet, ist vom Ministerrat die Vorentscheidung über Begnadigungsanträge für die im besetzten Gebiet durch die französischen Kriegsgerichte verurteilten Deutschen dem Kassationsgerichtshof übertragen worden. „Matin“, „Journal“ und „Temps“ schreiben übereinstimmend, weder eine allgemeine Amnestie noch eine Zurücknahme der ergangenen Ausweisungen würde von Frankreich angenommen oder auch nur diskutiert werden können. Die deutsche Unterwerfung, so schreibt der „Temps“, werde keine Abänderung oder Abschwächung der französischen Außenpolitik zur Folge haben, die nur ein Ziel kenne, nämlich: „Rep...nen!“

Italien und der Waffenstillstand.

Rom, 26. Sept. Die italienischen Blätter schreiben zur Aufgabe des passiven Widerstandes, die italienische Regierung müsse sowohl im Falle einer bedingungslosen Kapitulation Deutschlands als auch einer deutsch-französischen Verständigung die italienischen Interessen wahren und sich nicht durch minder wichtige Fragen von den wirklichen Problemen der europäischen Politik ablenken lassen.

Die „Idea Nazionale“ macht wieder eine Verbeugung vor Frankreich und schreibt: Wir sind voller Bewunderung für die Realpolitik, die Frankreich unter Poincares erfahrener Leitung in strenger Folgerichtigkeit zur Wahrung seiner Interessen durchgeführt hat. Frankreich gab uns ein Beispiel wirklicher Realpolitik.

Es wird weiter gestohlen...

Mainz, 26. Sept. Wie aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird, nahmen die Franzosen in Langendreer 2 Billionen Mark Reichsbahngelder weg. Zwei Eisenbahnbedienstete wurden verhaftet. — Bei der Wegnahme eines Lohnüberauses der Dortmunder Union durch belgische Gendarmen fielen diesen 126 Billionen Mark in die Hände. — In Welsert nahmen die Franzosen mehrere Zuhäuser mit Zement weg. — Dem Kassenboten der Händlholzfabrik Rheinau bei Mannheim wurden durch einen französischen Beamten in der Rheinauer Straße die Mappe mit 17 Milliarden Mark weggenommen. Das Geld sollte zu dem Kraftwerk Rheinau gebracht werden zur Begleichung der Stromrechnung der Firma, war also reines Privatgeld.

Kampfvorbereitungen in München.

Berlin, 26. Sept. Der „Deutschen Zeitung“ zufolge treffen die vaterländischen Kampfbünde in München in fleischerhafter Eile die letzten Vorbereitungen. Für Donnerstag beruft die Nationalsozialistische Partei 14 Massensammlungen in den größten Sälen von München ein. Die Nationalsozialisten stellen jetzt auch Kavallerie-Formationen ein.

München, 26. Sept. Die radikalste Richtung der vaterländischen Verbände ist mit einer neuen „Vorstellung“ an den Ministerpräsidenten Dr. v. Knilling herantreten. Man muß dem Deutschen Kampfbund, dem der „Bund Oberland“, die „Reichsflagge“ und die Nationalsozialistische Partei angehören, das Zeugnis ausstellen, daß er ganze Arbeit zu machen beabsichtigt. Er verlangt den Rücktritt des Ministers Dr. Schweyer mit der Versicherung, daß er gewillt ist, Herrn v. Knilling in seinem „schweren Amt in der heiligen Zeit“ zu unterstützen, aber Herr Dr. Schweyer muß weg.

München, 26. Sept. Der Reichsjustizminister hat den Oberreichsanwalt beauftragt, sich mit den streng vertraulichen Informationen des Bayerischen Lehrbeamtenevereins schnellstens zu befassen und im Eventualfalle das Verfahren wegen Hochverrats gegen den Verbandsvorstand einzuleiten. In dieser Mitteilung heißt es: Es ist sowohl im Reiche wie auch in Bayern mit der Möglichkeit zu rechnen, daß durch einen Gewaltstreik die Staatsgewalt in andere Hände übergeht. Oberster Leitstern für unser Verhalten in einer derartigen Situation, sei der Machthaber, wer er wolle, muß denn sein, im Interesse des Volkes, um das Chaos nicht noch größer werden zu lassen, weiter zu arbeiten, und zwar unter Weisung und Leitung unserer Verwaltungen, so lange, als diese selbst in der Lage sind, uns Befehle zu erteilen. Für den Fall, daß, ähnlich wie kürzlich beim Rapp-Bußch, die Reichsregierung eine Befehlserläßt, die den Reichsbeamten verbietet, einer nicht verfassungsmäßigen Macht Dienste zu leisten, ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die bayerische Staatsregierung auf Grund der Reichs- und Landesverfassung eine Rotverordnung erläßt, die uns zu Dienstleistungen zwingt. Dieser Rotverordnung sind wir auch als Reichsbeamte wohl unter allen Umständen unterworfen.

München, 26. Sept. Die Kommunisten haben in verschiedenen Stadtteilen in der Nacht Plakate und Zettel angeschlagen, auf denen sie zum Kampf und zum Völkergang auffordern. Die Plakate kamen aus einer Druckerei in Dresden. Andere Plakate wieder wollen den Weg weisen, wie die Arbeiterregierung im Reich zustande kommen soll. Die Polizei hat die Plakate entfernt. Einer der Akteure konnte beim Ankleben erfaßt und verhaftet werden.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 27. September 1923

Die Wohnungszulage für 1923. Der Anzeigenteil des heutigen Blattes enthält eine Bekanntmachung des Stadtschultheißenrats über die Wohnungszulage im Rechnungsjahr 1923. Danach haben die Gebäudebesitzer für das 1. Halbjahr des Rechnungsjahrs 1923 sofort eine Abschlagszahlung in Höhe des 19,8fachen Betrags des Gebäudeunterhalts zu leisten. Die Abgabeschuld ist auf den ausgegebenen Wohnungszulage-Verordnungen nicht ausgeht, da der Abgabefall vor Ablauf des Rechnungsjahrs vermehrt wieder eintreten wird und weil es den Gebäudebesitzern nicht schwer fallen dürfte, auf Grund der oben erwähnten Bekanntmachung die Abgabeschuld selbst zu bezahlen.

Der Gebäudebesitzer ist berechtigt, von seinen Mietern entsprechend dem Verhältnis der vermieteten Gebäudeteile zum ganzen Gebäude für die Dauer des Mietverhältnisses, Gehalt zu verlangen.

Auf Antrag wird die Wohnungszulage nachgelesen:

1. den Empfängern von Sozial- und Rentenunterstützung;
2. Kriegsschadigten, Kriegshinterbliebenen und sonstigen Militärrentnern, die Versorgungszuschüsse zu ihren Versorgungsgeldern beziehen;
3. Personen, die über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig oder nicht bloß vorübergehend behindert sind, ihren Lebensunterhalt durch eigenen Erwerb zu bestreiten, sofern das steuerpflichtige Einkommen im Kalenderjahr 1922 den Betrag von 200 000 Mark nicht überschritten hat;
4. Personen, für die die Erhebung der Abgabe wegen Krankheit oder Erwerbslosigkeit oder wegen großer Armut eine besondere Härte bedeuten würde. Ein Nachschuß findet jedoch nur statt, sofern das Gesamteinkommen der zum Haushalt des Abgabepflichtigen gehörenden Personen im Kalenderjahr 1922 200 000 Mark nicht überschritten hat.

Befreiungsanträge sind beim Stadtschultheißenamt anzubringen.

• Vom Eisenbahnwesen. Vom 1. Oktober 1923 an erhalten die Stationen Brühlgen, Dillstein und Dill-Weissenstein die Bezeichnung Pforzheim-Brühlgen, Pforzheim-Dillstein und Pforzheim-Weissenstein.

— Neue Eisenbahnkariferhöhungen auf 1. Oktober. Wie wir erfahren, wird voraussichtlich am 1. Oktober eine abermalige Erhöhung der Schlüsselziffern für den Personen- und Güterverkehr vorgenommen. Wie weiter verlautet, sind im Reichsverkehrsministerium Beratungen über eine etwaige Abschaffung der Wochen- und Monatskarten im Eisenbahnverkehr im Gange.

— Erhöhung der Sporteln. Durch eine Verordnung des Staatsministeriums sind die Gebühren und Abgaben (Sporteln) nach dem allgemeinen Sporteltarif vom bisherigen 40 000fachen auf das 500 000fache erhöht worden. Für einzelne Nummern des Sporteltarifs sind besondere Sätze bestimmt und wieder andere Nummern sind von der Erhöhung ausgenommen worden.

— Erhöhung der Viehsteuerumlage für 1924. Zum Vollzug der Viehsteuerumlage für das Jahr 1924 ist vom Württ. Ministerium des Innern bestimmt worden, daß für das kommende Jahr die am 16. August 1923 bekannt gegebenen Beitragssätze zur Viehsteuerumlage sich für über 1 Jahr alte Pferde um 6 Millionen Mark, für Pferde unter 1 Jahr um 1,8 Millionen Mark, für Pferde kleiner Rasse, Fiel und Maulsel um 1,5 Millionen Mark, für 1 Stück Rindvieh um 3 Millionen Mark und für Kälber um 900 000 Mark erhöhen.

Stuttgart, 26. Sept. (Beislagnahme.) Die kommunistische „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ wurde auf Grund der Rotverordnung des Reichspräsidenten vom 10. August betreffend Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit beschlagnahmt wegen eines Artikels „Proletarische Frauen und Revolution“.

Geislingen, 26. Sept. (Bürgerbund.) Wie in anderen Städten des Landes hat sich in den letzten Tagen auch hier ein Bürgerbund gebildet, der sich zur Aufgabe gesetzt hat, zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung beizutragen.

Craibitzheim, 26. Sept. (Politisches.) Geheimrat Hans Sachs hat seinen Austritt aus der Deutschen Volkspartei vollzogen und seinen Sitz im württ. Landesvorstand der Partei niedergelegt. Geheimrat Sachs ist von dem fränkischen Vertretertag in Bamberg gebeten worden, seine nat. lib. Spitzenkandidatur für den Reichstagswahlkreis Franken beizubehalten.

Habensburg, 26. Sept. (Selbstmord.) Der tobbige, 47 Jahre alte Kanalarbeiter erhängte sich im Landgerichtsgebäude.

Vom Bodensee, 26. Sept. (Bootsunglück.) In dem schweren Bootsunglück bei Wasserburg werden folgende Einzelheiten bekannt: Sonntag nachmittag extranke bei einer Segelfahrt die beiden Schwägerinnen des Obsthändlers und Landwirts Josef Höscher in Rottenhorn, nämlich die 19 Jahre alte Maria Weiring sowie ihre 17jährige Schwester Therese in der Wasserburger Nacht. Höscher wollte den beiden Mädchen eine Freude machen und fuhr mit ihnen und einem Verwandten mit einem Segelboot in den See hinaus. Infolge des plötzlich eingetretenen heftigen Sturms wurde beim Umstellen des Segels und beim Platzwechsel das Boot umgeworfen, wobei die beiden Mädchen den Tod in den Wellen fanden. Die beiden Männer mußten selbst eine Viertelstunde mit den Wellen kämpfen, bis es dem Fischer Hans Peter von Wasserburg gelang, sie zu retten.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Keine Aufhebung der Monatsfahrkarten. Wie die Zeitungen aus dem Reichsverkehrsministerium erfahren, bleibt die Einrichtung der Monatskarten, deren bevorstehende Aufhebung von einigen Blättern angefragt wurde, bestehen.

Aufhebung des Lohnschlichterwesens im Ruhrbergbau. In der Lohnfrage für den Ruhrbergbau haben die Bergarbeiterverbände den letzten Schiedsspruch abgelehnt.

Kriegererleichterung durch den Völkerverbund. Der Präsident der Völkerverbundversammlung teilte mit, daß die Versammlung ihre Arbeiten voraussichtlich am Samstag abschließen werde. Der Völkerverbundrat wird jedoch wahrscheinlich bis zum Beginn der nächsten Woche tagen. Der Völkerverbundrat nahm in geheimer Sitzung von einem Plan Kenntnis, der die Ansiedelung von 50 000 Armeniern in der armenischen Kaufmannsrepublik empfiehlt. Das Völkerverbundssekretariat wurde beauftragt, darüber einen Bericht auszuarbeiten.

Antwärtiges Wetter.

Bei meist bewölktem Himmel ist am Freitag trockenes und mäßig warmes Wetter zu erwarten. Morgen werden stellenweise Nebel auftreten.

Handel und Verkehr.

Amst. Berliner Zerbisenturfe vom Mittwoch, 26. Sept.:

Dollar: Berlin 125 685 000 G., 126 315 000 Br.

Frankfurt: 149 825 000 G., 150 375 000 Br.

1 Goldmark = 30 000 000 (28 809 523) Papiermark.

Amsterdam	49 476 000 G., 49 724 000 Br.
Brüssel	6 723 150 G., 6 756 850 Br.
Christiania	19 950 000 G., 20 050 000 Br.
Kopenhagen	22 543 500 G., 22 656 500 Br.
Stockholm	33 516 000 G., 33 684 000 Br.
Stallen	5 685 750 G., 5 714 250 Br.
London	573 562 500 G., 576 434 500 Br.
Paris	7 780 500 G., 7 800 500 Br.
Schweiz	22 543 500 G., 22 656 500 Br.
Spanien	17 665 750 G., 17 744 250 Br.
Deutsch-Oesterreich	177 555 G., 178 445 Br.
Brag	3 750 600 G., 3 769 500 Br.
Buenos Aires	41 895 000 G., 42 105 000 Br.

Amstliche Berliner Produktionsnotierungen (in Millionen): Weizen, märkischer 230—240, behauptet; Roggen, 225—230, behauptet; Haber, märk. 205—215, behauptet, märk. 212—215, behauptet; Gerste, Sommergerste tet. Sommer, 205—215, behauptet, Schel. 210, maber; Weizenmehl 750—825; Roggenmehl 600—725; Weizenkleie 105—120; Roggenkleie 120—125, schwach; Raps 325—350; Viktoriaerbsen 550—650, fl. Spelserbsen 450—550; Rapskuchen 150—160; Trockenschrotzettel 90—100; Dorsmelasse 90—100; Kartoffelflocken 225.

Stuttgarter Börse, 26. Sept. Die Börse neigte am Mittwoch zur Schwäche. Es gab zum Teil scharfe Rückgänge. Vereinsbank notierten (in Millionen Proz.) 60 (— 25), Feinmechanik Tuttingen 650 (— 150), Jungbans 180 (— 35), Kaiser Otto 180 (— 10), Anorr 125 (— 55), Krumm 59 (— 31). Es gab es heute fast auf der ganzen Linie beinahe nur Minuszeichen. Der Druck der politischen Lage lastet auch auf dem Völkerverbund. Die Ungewißheit, was in der nächsten Zeit, vielleicht schon in den nächsten Tagen, kommen wird, bewirkt eine Zurückhaltung wie man sie schon lange nicht mehr beobachtet hat. Von Textilwerten konnten Kotttern ihren Kurs auf 800 (700) steigern. Die Stimmung war bis zum Schluß matt und lustlos. — Auch im Freiverkehr waren fast durchweg Kursstimmungen zu beobachten.

• Esau, 26. Sept. (Obsterld.) Bei dem städtischen Obsterld waren viele Liebhaber zugewandert. Es wurde denn auch hart gefeiert. Der Zentner stellt sich durchschnittlich auf 100 Mark. Der Obsttrug der städtischen Bäume ist in diesem Jahr nicht besonders groß, nur auf dem Salgenwiesen u. bei der Schafschurer tragen die Bäume reichlicher.

Letzte Nachrichten.

Der einer Massenlandgebung und einem Kreuzgebäude der Rheinländer.

W. B. W. 27. Sept. Die politischen Parteien des Rheinlandes planen, dem Vernehmen nach, am kommenden Sonntag eine große Massenlandgebung im Orenberger Wald. Die Landgebung wird ein Kreuzgebäude der Rheinländer gegenüber den jüngsten Plänen der Sonderbündler darstellen.

Ein schwerer Abbau des Ruhrunternehmens.

W. B. W. 27. Sept. Laut „Vorwärts“ hat die Reichsregierung die Vorbereitungen zum schnellen Abbau des Ruhrunternehmens getroffen. Es wird u. a. geplant, einen besonderen Kommissar mit der Abwicklung zu betrauen. Auch die großen Organisationen werden heute zu Besprechungen zusammengetrieben. Die Vertreter der freien Gewerkschaften und der Soz. Partei, versammeln sich heute zu diesem Zweck in Gießen.

Rundgebung des Gewerkschaftsringes.

W. B. W. 27. Sept. Der erweiterte Vorstand des Gewerkschaftsringes erläßt folgende Rundgebung: Der Gewerkschaftsring der Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände würdigt, unterstützt und erkennt die zwingenden Gründe an, die die Entscheidung der Reichsregierung beim Abbau des Ruhrkampfes bestimmten. Die brutale Gewalt hat sich im Völkerverbund zunächst fälschlicherweise als das eindeutige Recht. Wenn wir nunmehr zum Abbau dieses Kampfes und beispiellos heroischen Kampfes der friedlichen Arbeit gegen französische militärische Willkür kommen müssen, so danken wir von ganzem Herzen allen Volksgenossen in der Weimarer, insbesondere aber unseren Kollegen, den Arbeitern, Angestellten und Beamten im Gewerkschaftsring, für all-

Opfer, die sie durch ihre Standsfestigkeit für Reich und Volk gebracht haben. Keine deutsche Regierung kann zu irgendwelchen Vereinbarungen mit Frankreich kommen, ohne die Freiheit und Unabhängigkeit des deutschen Landes zu sichern und den Opfern im Rhein- und Ruhrkampf Mühe, Heimat und Freiheit zu gewährleisten. In der schweren Stunde der Geschichte unserer deutschen Nation hoffen wir, daß aber alle Kräfte der Gegenwart hinweg das deutsche Volk sich dennoch seinen Weg in die Freiheit bahnen wird. Fest auf dem Boden der Verfassung stehend, werden wir uns gegen alle Sitten des inneren Friedens und gegen jedes fremde Auentat auf die Einheit und die Freiheit des Reiches.

Die Lage in Bayern.

München, 26. Sept. Die gegenwärtige politische Hochspannung kommt in Veröffentlichungen der Blätter zum Ausdruck. Die „Münchener Post“ erklärt, Redaktionen über Vorbereitungen der vaterländischen Kampfbünde bewiesen, daß schon für die nächste Zeit ein gewalttätiger geistiger Kampf geplant sei. Das Blatt ermahnt die Arbeiter zur größten Selbstbeherrschung. Wie es weiter erfahren haben will, gab der Verband „Oberland“ Befehl an seine Mitglieder, am Freitag früh um 4 Uhr mit Waffen auf dem Marktplatz zu sein. In einem weiteren „vertraulichen“ Befehl sei den Mitgliedern des Verbandes die Adresse von München strengstens

verborgen worden. — Im „Bayerischen Beobachter“ richtet Fürst Karl Wrede an die ehemaligen Kavalleristen einen Appell zum Eintritt in die Reiterkorps der Sturmabteilung.

München, 26. Sept. Der Regierungspräsident von Oberbayern, Dr. v. Raab, ist heute vom Ministerialrat zum Generalstaatskommissar mit allen Vollmachten ernannt worden.

München, 27. Sept. Generalstaatskommissar von Raab hat eine Rundmachung erlassen, in der er versichert, daß seine Amtshandlungen von heisser Liebe zur bayerischen Heimat, zum deutschen Volk und zum großen deutschen Vaterland getragen sein würden. Gegen alle vaterlandsfeindlichen Handlungen und gegen jeden Widerstand gegenüber seinen Anordnungen werde er rücksichtslos auftreten.

Blutiger Zusammenstoß.

München, 26. Sept. Gestern Nachmittag gegen 6 Uhr kam es auf dem Marktplatz zu einem ersten Zusammenstoß zwischen bewaffneten Demonstranten und der Polizei. Durch Steinwürfe wurden 4 Beamte verletzt, einer schwer. Infolge der bedrohlichen Lage machten die Polizeibeamten in der Notwehr von der Schusswaffen-Gebrauch. Bis jetzt sind 40 Verletzte und 2 Tote auf Seiten der Demonstranten festgestellt.

Der Mittelfuß des Dollars.

Berlin, 26. Sept. (Mitteilung der Reichsbank.) Der zur Durchführung der Devisenverordnung maßgebende

amtliche Mittelfuß des Dollars ist heute, am 26. September, 126 Millionen.

Der Beschluß der Völkervereinigung über den Italienisch-griechischen Zwischenfall.

Paris, 27. Sept. Die Völkervereinigung veröffentlicht den Wortlaut des Beschlusses, den sie in ihrer gestrigen Vormittagssitzung über den Italienisch-griechischen Zwischenfall in Albanien gefaßt hat. Darnach wird dem griechischen Völkerverein eine Nachfrist bei der Durchführung der Unternehmung u. der Ausföhrung der Schulden vorgeworfen, wie der Bericht der eingesetzten Untersuchungskommission feststellt. Die von der Völkervereinigung am 8. September gestellten Bedingungen seien also nicht restlos erfüllt worden, weshalb die griechische Regierung der italienischen Regierung die Summe von 50 Millionen Lire zu zahlen habe. Die Völkervereinigung und die italienische Regierung versicherten darauf, den Streitfall vor den internationalen Gerichtshof in Haag zu bringen und betrachten den Zwischenfall als erledigt. Italien räumt am 27. September Korfu. Hinsichtlich der Frage der Besatzungskosten kann der internationale Gerichtshof in Haag angerufen werden.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Janz.

Dixin Henkel's Seifenpulver
das Seifenpulver für jedes Wäscheverfahren. Größte Ergiebigkeit!

Suche ein

Einzel-Kind.
Eventl. Tausch gegen Lebensmittel.
Wer? — sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

Mündliche Bekanntmachungen.

Viehählung am 1. Oktober 1923.

Am 1. Oktober 1923 findet laut Verfügung des Ernährungsministeriums vom 21. September 1923, Staatsanzeiger Nr. 222 eine Viehhählung statt.

Die Hählung erstreckt sich auf Rindvieh, Schafe, Schweine und Ziegen.

Die Gemeindebehörden, deren Aufgabe die Durchführung der Viehhählung ist, werden auf die diesbezügliche Verfügung des Ernährungsministeriums besonders hingewiesen.

Die Termine sind genau einzuhalten. Die Vorberichte zu den Dattlisten werden den Gemeindebehörden übersandt.

Ragold, den 26. Sept. 1923. Oberamt: J. H. Schneider, stellv. Amtmann.

Kündigung der Ortslöhne.

Die mit Bekanntmachung vom 13. v. Mts. veröffentlichten Ortslöhne werden auf nachstehende Beträge erhöht:

mit Wirkung vom 9. bis 16. September 1923:		
Für Verfertigte		
unter 16 Jahren	von 16 bis 21 J.	über 21 Jahren
männlich 2 175 000 M.	3 528 000 M.	4 233 000 M.
weiblich 1 764 000 M.	2 353 000 M.	2 940 000 M.

mit Wirkung vom 17. September an:		
Für Verfertigte		
unter 16 Jahren	von 16 bis 21 J.	über 21 Jahren
männlich 16 000 000 M.	24 800 000 M.	32 000 000 M.
weiblich 10 800 000 M.	16 520 000 M.	21 300 000 M.

Ragold, den 26. Sept. 1923. Versicherungsamt: stellv. Amtmann Schneider.

Altensteig-Stadt.

Bekanntmachung

betr. Wohnungsabgabe 1923.

Nach den gesetzl. Bestimmungen über die Erhebung der Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues im Rechnungsjahr 1923 beträgt die Wohnungsabgabe für Staat und Gemeinde ab 1. April 1923 zusammen 720 % (das 7,2 fache) und ab 1. Juli 1923 zus. 7200 % (das 72 fache) des Gebäudesteueranschlages. Den Gebäudebesitzern werden in den nächsten Tagen die Wohnungsabgabe-Anforderungen zugewiesen. Sie werden aufgefordert für das 1. Vierteljahr (1. April bis 30. Juni) das 1,8 fache, für das 2. Vierteljahr (1. Juli bis 30. Sept.) das 1,8 fache, zusammen das 3,6 fache des auf den Abgabe-Anforderungen angegebenen Steueranschlages als Abschlagszahlung **alsbald** an die Stadtkasse zu entrichten, da bei längerem Verzug Entwertungszuschlag erhoben werden müßte. Die Anforderungen sind aufzubewahren, weil sie später bei der endgültigen Umlage wieder eingezogen werden.

Den 24. September 1923. Stadtschultheißenamt.

Hochdorf.

Langholz-Verkauf.



Am nächsten Dienstag, den 2. Oktober, vormittags 11 Uhr kommen auf dem Rathaus circa 30 Festmeter Langholz, Abteilung Forsthalde, zum Verkauf. Liebhaber sind eingeladen.

Gemeinderat.

Hochzeitkarten fertigt schnell, sauber und preiswert die B. Rieker'sche Buchdruckerei

Geschäftsempfehlung.

Meinen werten Geschäftsfreunden mache ich die Mitteilung, daß ich jetzt nicht mehr in dem Hause der Firma Lorenz Luz jr. wohne. Meine Wohnung und Kontor befinden sich nun in dem von der Stadtgemeinde erstellten Neubau Poststr. 148 I. Stock.

Gleichzeitig empfehle ich

für Wiederverkäufer:

zu billigsten Engrospreisen:
Tabake, Zigarren, Zigaretten, Teigwaren, verschiedene Sorten Zichorie, sowie Malz- u. Gerstenkaffee, Reis, Linsen, Erbsen, Schokolade u. Kakao, sowie sämtliche Fabrikate von Dr. A. Oetker, Bielefeld, ferner Seife, Seifenpulver, Kerzen, Schuhcreme, Schuhfett, Bodenöl, sowie alle sonstigen täglichen Verbrauchsartikel,

für Wirte:

ein gut sortiertes Lager in Zigarren und Zigaretten,

für Möbelfabriken:

Leder- u. Knochenleim in vorzügl. Fabrikaten, ferner nehme ich Aufträge entgegen auf **Stühle**, für eine erstklassige württ. Holzwarenfabrik, Zeichnungen liegen bei mir auf;

für die gesamte Industrie:

mein Lager in **Schmier-** und allen **sonstigen Spezialölen** von Zeller & Gmelin in Eisingen, größere Aufträge gehen direkt ab Werk.

Wilh. Frey Engros-Geschäft, Altensteig

Telefonanschluß Nr. 60.

Stammesweiser.

Am Samstag, den 20. d. M., nachmittags 4 Uhr

Schlachtfarren.

Zusammenkunft beim Farrenfall.



Gemeinderat.

Saatbeize

empfiehlt billigst

Löwendrogerie Ragold und Ebhausen.

Zur gefl. Beachtung der Inserenten!

Inserate sind entweder sofort bei Aufgabe oder sofort nach ihrem Erscheinen in der Zeitung, zu bezahlen, andernfalls der zur Zeit der Zahlung gültige Preis in Anrechnung gebracht werden muß.

Verlag der Schwarzwälder Tageszeitung „Und den Tannen“.

Garrweiler.

Samstag vorm. 8 Uhr verkauft einen Dutz schöne

Milchschweine

Schlech z. Hirsch.

Guterhaltenen

Kindersportwagen

Kindersessel

zusammenklappbar, sowie ein

Schüsselbrett

vertauscht gegen Frucht oder Kartoffeln

wer? — sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

Ein schönes

Rubkalb

6 Wochen alt, taufche gegen Mehl od. Frucht u. Kartoffeln

Beluz, Gleifer, Fischmehl, Bismutmühle.

